

Start ins Rechtsgebiet

Fischer / Fetzer

Europarecht

12. Auflage



C.F. Müller

Jura auf den  gebracht

Kristian Fischer/Thomas Fetzner

Europarecht

12., neu bearbeitete Auflage



CFM

C.F. Müller

Prof. Dr. Thomas Fetzer, LL.M. (Vanderbilt), Jahrgang 1974, 2010–2012 Inhaber des Lehrstuhls für Steuerrecht und Wirtschaftsrecht an der Juristischen Fakultät der TU Dresden; seit 2012 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Regulierungsrecht und Steuerrecht an der Universität Mannheim; Co-Direktor des Mannheim Science Campus Taxation (MaTax), des Wissenschaftscampus Mannheim Centre for Competition and Innovation MaCCI sowie des Instituts für Unternehmensrecht an der Universität Mannheim (IURUM).

Prof. Dr. Kristian Fischer, Jahrgang 1966, seit 2005 außerplanmäßiger Professor an der Fakultät für Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim und seit 2007 Rechtsanwalt sowie of counsel in der Anwaltssozietät Schilling, Zutt & Anschutz, Mannheim.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8114-5325-8

E-Mail: [E-Mail: kundenservice@cfmueller.de](mailto:kundenservice@cfmueller.de)

Telefon: +49 89 2183 7923

Telefax: +49 89 2183 7620

© 2019 C.F. Müller GmbH, Waldhofer Straße 100, 69123 Heidelberg

www.cfmueller.de

www.cfmueller-campus.de

Hinweis des Verlages zum Urheberrecht und Digitalen Rechtemanagement (DRM)

Der Verlag räumt Ihnen mit dem Kauf des ebooks das Recht ein, die Inhalte im Rahmen des geltenden Urheberrechts zu nutzen. Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Der Verlag schützt seine ebooks vor Missbrauch des Urheberrechts durch ein digitales Rechtemanagement. Bei Kauf im Webshop des Verlages werden die ebooks mit einem nicht sichtbaren digitalen Wasserzeichen individuell pro Nutzer signiert. Bei Kauf in anderen ebook-Webshops erfolgt die Signatur durch die Shopbetreiber. Angaben zu diesem DRM finden Sie auf den Seiten der jeweiligen Anbieter.

Vorwort

Diese Auflage stellt eine wichtige Zäsur in der Geschichte dieses Lehrbuchs dar: Der Begründer des Werks, *Professor Dr. Hans-Wolfgang Arndt*, hat sich aus dem Autorenkreis zurückgezogen. Wir schulden ihm – nicht nur aufgrund des Vertrauens, das er uns durch die Ehre der Weiterführung seines Werkes entgegenbringt – großen Dank für seine stetige und vielfältige Unterstützung, ohne die auch dieses Werk nicht hätte entstehen können. Wir werden das von ihm entwickelte Konzept beibehalten, wonach Lehrbuch und Fallbuch eine Einheit bilden, die sich auf die Vermittlung des wesentlichen Wissens konzentrieren. Zweck dieses Lehrbuchs ist es, Studierende mit den grundlegenden Strukturen und Kenntnissen des Europarechts so vertraut zu machen, dass sie den Examensstoff bewältigen können.

Zugleich hoffen wir, dass mit dem Lehrbuch den Leserinnen und Lesern auch vor Augen geführt wird, welch großer Erfolg die Europäische Union und die europäische Einigung darstellen. Denn trotz aller gegenwärtigen – teilweise auch berechtigten Kritik – sehen wir Europa als Erfolgsgeschichte. Den wesentlichen Anteil an diesem Erfolg verdankt die EU ihrer Konstruktion als Rechtsgemeinschaft.

Auf diese Rechtsgemeinschaft fokussiert sich das Lehrbuch nicht nur aus examensrelevanten Gründen. Dahinter steht weiterhin Hoffnung, dass diese Konstruktion den gegenwärtigen Stürmen standhält und die Rechtsgemeinschaft der Mitgliedstaaten eines Tages in ruhigeres Fahrwasser zurückzuführen vermag.

Besonderen Dank schulden die Autoren Frau *ass. iur. Bianka Dinger* für die sorgsame Betreuung dieser Neuauflage sowie Herrn *ref. iur. Florian Ferrenberg* für seine wertvolle Unterstützung.

Mannheim, im Juli 2019

*Thomas Fetzer
Kristian Fischer*

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>		XVII
Erster Teil		
Einführung	1	1
A. Zielsetzung dieses Buches	1	1
B. Überblick über die Amtlichen Veröffentlichungen	5	1
C. Literatur	9	2
I. Lehrbücher	9	2
II. Kommentare/Handbücher	10	3
III. Text- und Fallsammlungen	11	3
IV. Zeitschriften	12	3
V. Datenbanken der Union	13	3
Zweiter Teil		
Geschichte und Perspektiven der Europäischen Union	14	5
A. Erste Formen einer Zusammenarbeit in Europa	14	5
B. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften	19	6
C. Die Europäische Gemeinschaft zwischen Krise und Fortschritt: 1965–1992	25	7
D. Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union ...	29	9
E. Rechtsnatur der Europäischen Union	36	12
F. Zur Zukunft der Europäischen Union	43	14
G. Die Finanzierung der Europäischen Union	58	17

Dritter Teil

Die Organe der Union	64	19
A. Der Europäische Rat	73	21
I. Zusammensetzung und Rechtsstellung	73	21
II. Aufgaben und Befugnisse	75	22
III. Beschlussfassung	78	22
B. Der Rat	80	23
I. Zusammensetzung und Rechtsstellung	80	23
II. Aufgaben und Befugnisse	83	24
1. Rechtsetzung	84	24
2. Koordinierung	88	25
3. Vertretung der Union nach außen	89	25
4. Haushaltsbefugnisse	91	25
5. Besetzung der Organe	93	26
III. Beschlussfassung	96	26
C. Die Kommission	102	28
I. Zusammensetzung und Rechtsstellung	102	28
II. Aufgaben und Befugnisse	109	30
1. Kontrolle der Einhaltung und Anwendung des Unionsrechts ...	110	30
2. Beteiligung an der Rechtsetzung	114	31
3. Ausübung der vom Rat übertragenen Durchführungs- befugnisse	117	32
4. Verwaltungstätigkeit	119	32
5. Außenbeziehungen	121	33
D. Das Europäische Parlament	122	33
I. Zusammensetzung und Rechtsstellung	122	33
II. Aufgaben und Befugnisse	125	34
1. Beteiligung an der Rechtsetzung	126	35
2. Ausübung von Kontrollrechten	133	36
3. Besetzung der Organe	137	37
4. Beteiligung an der Festsetzung des Haushalts	138	37
III. Die Stellung des Parlamentes in der Union	139	37
E. Der Gerichtshof der Europäischen Union	140	38
I. Organisation des Gerichtshofs der Europäischen Union	140	38
1. Der Gerichtshof	141	38

2. Das Gericht	143	39
3. Fachgerichte	144	39
II. Aufgaben und Zuständigkeitsverteilung	145	39
1. Aufgaben	145	39
2. Zuständigkeitsverteilung	148	40
III. Verfahrensfragen	152	42

Vierter Teil

Rechtsordnung der Union	153	43
A. Rechtsquellen	153	43
I. Primäres Unionsrecht	155	43
1. Die Gründungsverträge	156	43
2. Die Charta der Grundrechte	157	44
3. Allgemeine Rechtsgrundsätze	158	44
4. Gewohnheitsrecht	160	44
5. Die unmittelbare Wirkung von primärem Unionsrecht	161	44
II. Sekundäres Unionsrecht	164	45
1. Verordnungen	166	46
2. Richtlinien	170	46
a) Umsetzungspflicht der Mitgliedstaaten	172	46
b) Rechtsfolgen fehlerhafter Umsetzung von Richtlinien	180	48
aa) Richtlinienkonforme Auslegung	181	48
bb) Unmittelbare Direktwirkung von Richtlinien	188	51
cc) Haftung der Mitgliedstaaten für nicht umgesetzte Richtlinien	202	55
3. Beschlüsse	203	56
4. Empfehlungen und Stellungnahmen	207	57
B. Subjektive Rechte im Unionsrecht	209	57
C. Die Rechtsetzung in der Union	212	58
I. Primärrecht	213	58
II. Sekundärrecht	215	59
1. Rechtsetzungskompetenz	216	59
2. Rechtsetzungsverfahren	227	62
D. Der Vollzug des Unionsrechts	236	64
I. Der Vollzug von Unionsrecht durch Organe der Union	237	64
II. Der Vollzug von Unionsrecht durch Verwaltungsträger der Mitgliedstaaten	238	65

Fünfter Teil

Der Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	246	68
A. Das Vertragsverletzungsverfahren	251	69
I. Zulässigkeit	253	69
II. Begründetheit	260	71
III. Vollstreckung	261	71
B. Die Nichtigkeitsklage	266	72
I. Zulässigkeit	267	73
II. Begründetheit	278	76
C. Die Untätigkeitsklage	279	76
I. Zulässigkeit	280	76
II. Begründetheit	289	78
D. Die Amtshaftungsklage	290	78
I. Zulässigkeit	291	78
II. Begründetheit	302	80
E. Das Vorabentscheidungsverfahren	305	81
I. Zulässigkeit	308	82
II. Entscheidung des Gerichtshofs und Bindungswirkung für die nationalen Gerichte	320	85
F. Der Erlass einstweiliger Anordnungen	325	87

Sechster Teil

Das Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten und der Union	328	88
A. Die Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“	328	88
B. Die Übertragung staatlicher Kompetenzen auf die Union	330	88
I. Art. 23, 24 GG	330	88
II. Die bundesstaatliche Ordnung und die Union	338	91

C. Das Verhältnis des Unionsrechts zum nationalen Recht	342	93
I. Der Grundsatz vom Vorrang des Unionsrechts	342	93
1. Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union	343	93
2. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	344	93
II. Ausgestaltung und Reichweite des unionsrechtlichen Vorrangprinzips	348	95
III. Das Verhältnis von Unionsrecht und nationalen Grundrechten	354	97
IV. Die Bindung der nationalen Organe an ihr Verfassungsrecht bei der Umsetzung von europäischen Richtlinien	366	100

Siebter Teil

Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	368	101
A. Grundlagen	368	101
B. Haftungsvoraussetzungen	371	102
I. Mitgliedstaatliche Verletzung einer individualschützenden Unionsrechtsnorm	372	102
II. Hinreichend qualifizierter Normverstoß	378	103
III. Kausalität zwischen Normverstoß und Schaden	385	105
C. Haftungsfolgen	388	106
I. Das Verhältnis zwischen europarechtlicher und nationaler Staatshaftung	388	106
II. Art und Umfang der Haftung	390	107
III. Mitverschulden und Vorrang des Primärrechtsschutzes	392	107
IV. Verjährung	393	107
V. Passivlegitimation	394	108

Achter Teil

Die europäischen Grundrechte	395	109
A. Notwendigkeit und Entwicklung des europäischen Grundrechtsschutzes	395	109
B. Der europäische Grundrechtsschutz nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon	400	110
I. Systematik des europäischen Grundrechtsschutzes	400	110

II. Das Eigentumsgrundrecht	403	111
III. Die Berufsfreiheit	405	112
IV. Die Unverletzlichkeit der Wohnung	406	112
V. Der allgemeine Gleichheitssatz	408	113
VI. Weitere Grundrechte und grundrechtsgleiche Gewährleistungen ..	411	114

Neunter Teil

Die Grundfreiheiten des Europarechts 414 116

A. Allgemeine Grundfreiheitslehren 414 116

I. Funktionen und systematischer Überblick	414	116
II. Anwendungsbereich	419	117
1. Verhältnis der Grundfreiheiten zum Sekundärrecht	420	117
2. Persönlicher Anwendungsbereich	426	119
3. Sachlicher Anwendungsbereich	432	120
4. Räumlicher Anwendungsbereich	436	121
5. Bereichsausnahmen	438	122
III. Gewährleistungsumfang	440	122
1. Vom Diskriminierungs- zum Beschränkungsverbot	440	122
2. Inländerdiskriminierung	446	124
3. Schutzpflichten	449	125
IV. Rechtfertigungstatbestände	451	125
1. Schrankenregelungen	452	125
2. Immanente Schranken	455	127
3. Europäische Grundrechte	461	128
V. Adressatenkreis	464	129

B. Die Freiheit des Warenverkehrs 469 130

I. Der Anwendungsbereich des freien Warenverkehrs	469	130
II. Die Zollunion	476	132
III. Die Warenverkehrsfreiheit im engeren Sinne – Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten ..	481	133
1. Struktur der Warenverkehrsfreiheit	481	133
2. Auslegung des Begriffs „Maßnahmen gleicher Wirkung“ – Die Warenverkehrsfreiheit als Beschränkungsverbot	482	134
3. Art. 36 AEUV und die sog. „Cassis-de-Dijon“-Formel	487	136
4. Problematik der Verhältnismäßigkeit	492	138
5. Warenverkehrsfreiheit und Rechtsharmonisierung	497	139
6. Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen und staatliche Handelsmonopole	500	140

C. Die Freiheiten des Personenverkehrs	502	141
I. Gemeinsame Strukturmerkmale der Personenverkehrsfreiheiten ..	502	141
II. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	506	142
1. Die Auslegung des Arbeitnehmer-Begriffs	506	142
2. Inhalt der Arbeitnehmerfreizügigkeit	511	144
a) Überblick	511	144
b) Die Rechte im Einzelnen	512	144
c) EU-Sozialrecht	522	147
3. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit als Beschränkungsverbot	524	148
4. Schranken der Arbeitnehmerfreizügigkeit	525	148
III. Die Niederlassungsfreiheit	527	149
1. Struktur der Niederlassungsfreiheit	527	149
2. Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit	528	149
3. Die Niederlassungsfreiheit als Beschränkungsverbot	536	151
4. Schranken der Niederlassungsfreiheit	539	152
5. Niederlassungsfreiheit und nationales Gesellschaftsrecht	541	152
6. Niederlassungsfreiheit und Rechtsharmonisierung	547	154
D. Die Dienstleistungsfreiheit	555	157
I. Struktur der Dienstleistungsfreiheit	555	157
II. Anwendungsbereich der Dienstleistungsfreiheit	558	159
III. Die Dienstleistungsfreiheit als Beschränkungsverbot	561	160
IV. Schranken der Dienstleistungsfreiheit	565	161
V. Die Dienstleistungsfreiheit und der Export von Sozialleistungen ...	568	162
VI. Dienstleistungsfreiheit und Rechtsharmonisierung	572	164
E. Die Kapital- und die Zahlungsverkehrsfreiheit	575	165
I. Die Kapitalverkehrsfreiheit	575	165
1. Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit	575	165
2. Die Kapitalverkehrsfreiheit als Beschränkungsverbot	581	167
3. Schranken der Kapitalverkehrsfreiheit	583	168
4. Die Rolle der Kapitalverkehrsfreiheit bei der Verwirklichung des Binnenmarktes	585	168
II. Die Zahlungsverkehrsfreiheit	591	171
 Zehnter Teil		
Freizügigkeitsrechte und Diskriminierungsverbote	592	172
A. Das allgemeine Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger	592	172
I. Struktur des allgemeinen Freizügigkeitsrechts	592	172

II. Anwendungsbereich	596	173
III. Gewährleistungsumfang	599	173
IV. Rechtfertigung	601	174
V. Konkurrenzen	605	175
VI. Sekundärrechtliche Maßnahmen	608	175
B. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aufgrund der Staatsangehörigkeit	611	176
I. Inländergleichbehandlungsgebot gemäß Art. 18 Abs. 1 AEUV	611	176
II. Zum Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe an sozialen Vergünstigungen	619	178
C. Arbeitsrechtliche Diskriminierungsverbote	621	179
I. Gleicher Lohn für Männer und Frauen (Art. 157 Abs. 1 AEUV)	621	179
II. Sekundärrechtliche Maßnahmen	626	180
D. Weitere Diskriminierungsverbote	630	182
 Elfter Teil		
Die weiteren internen Politiken und Maßnahmen der Union.....	634	184
A. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	636	184
B. Die gemeinsamen Regeln betreffend Wettbewerb, Steuerfragen und Angleichung der Rechtsvorschriften	641	186
I. Die Harmonisierung von Rechtsvorschriften	642	186
1. Die Rechtsangleichung im Allgemeinen – Grundsätzliches	642	186
2. Rechtsangleichung im Binnenmarkt	648	188
3. Privatrechtsangleichung durch Richtlinien am Beispiel des Verbraucherschutzes	659	191
II. Die Wettbewerbspolitik	670	195
1. Kartellrecht	672	196
a) Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen und Verhaltensweisen (Art. 101 AEUV)	672	196
aa) Allgemein	672	196
bb) Unternehmensbegriff	673	197
cc) Vereinbarungen, Beschlüsse, aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen	677	198
dd) Wettbewerbsbeschränkung	681	199
ee) Auswirkungen auf den zwischenstaatlichen Handel	686	200

ff) Rechtsfolgen	687	200
gg) Freistellung	688	201
hh) Verfahren	690	201
b) Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	693	202
aa) Allgemein	693	202
bb) Marktbeherrschende Stellung	695	203
cc) Missbrauch	697	203
dd) Auswirkungen auf den zwischenstaatlichen Handel	698	204
ee) Rechtsfolgen	699	204
ff) Verfahren	700	204
c) Öffentliche Unternehmen (Art. 106 AEUV)	701	204
d) Die Fusionskontrolle	704	205
e) Das Verhältnis zwischen europäischem und nationalem Wettbewerbsrecht	705	206
2. Staatliche Beihilfen	708	207
a) Struktur des Beihilfenrechts	708	207
b) Rückabwicklung unionsrechtswidriger Beihilfen nach nationalem Verwaltungsrecht	719	211
3. Steuern	724	213
C. Wirtschafts- und Währungspolitik	733	217
D. Umweltpolitik	738	220
I. Grundlagen	738	220
II. Das Verhältnis zwischen Art. 192 AEUV und weiteren Kompetenznormen	746	222
III. Umweltrechtliche Maßnahmen der Union	747	222
IV. Nationale Schutzverstärkungen im Bereich des Umweltschutzes ..	749	223
V. Umweltschutz als „zwingendes Erfordernis“ im Rahmen der Warenverkehrsfreiheit	752	224
E. Landwirtschafts- und Fischereipolitik in der Union: Modell einer Marktordnung	756	225

Zwölfter Teil

Das auswärtige Handeln der Union	759	228
A. Grundlagen	759	228
I. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	759	228
II. Gemeinsame Handelspolitik der Union	760	228

III. Unmittelbare Anwendbarkeit völkerrechtlicher Bestimmungen im Unionsrecht	764	229
B. Die Union im System der Welthandelsorganisation (WTO)	765	230
I. Überblick über die WTO-Rechtsordnung	765	230
II. Unmittelbare Anwendbarkeit von WTO-Recht im Unionsrecht	773	232
C. Sonstige völkerrechtliche Abkommen der Union	777	233
<i>Stichwortverzeichnis</i>		235

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl. EG	Amtsblatt der EG
ABl. EU	Amtsblatt der EU
Abs.	Absatz
AdR	Ausschuss der Regionen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AKP-Staaten	Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten
Alt.	Alternative
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
arg. e	argumentum e contrario – Umkehrschluss aus
Art.	Artikel
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Ausführungsg	Ausführungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Der Betriebs-Berater
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BSG	Bundessozialgericht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Bundesverwaltungsgerichtsentscheidungen
CMLRev.	Common Market Law Review
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DSJG	Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
DStR	Deutsches Steuerrecht
DSU	Dispute Settlement Understanding
DVBl.	Deutsche Verwaltungsblätter
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EA	EAG-Vertrag
EAG	Europäische Atomgemeinschaft

ecolex	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
ECU	Europäische Währungseinheit (European Currency Unit)
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation (European Free Trade Association)
EG	1. Europäische Gemeinschaft 2. EG-Vertrag
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
ELRev.	European Law Review
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EP	Europäisches Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ESStG	Einkommensteuergesetz
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Europäische Union
EUA	Europäische Umweltagentur
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof (heute: Gerichtshof der Europäischen Union)
EuGHE	Entscheidungssammlung des EuGH
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuLF	The European Legal Forum
EuR	Europarecht
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EuropaR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
f./ff.	folgende/fortfolgende
FGO	Finanzgerichtsordnung
FreizügG/EU	Freizügigkeitsgesetz/EU
GA	Generalanwalt
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services)
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade)
GD	Generaldirektorat

GEMA	Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GHS	Gerichtshof-Satzung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Zeitschrift für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GZT	Gemeinsamer Zolltarif
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung
h.M.	herrschende Meinung
Hs.	Halbsatz
HWiG	Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht
IStR	Internationales Steuerrecht
i.S.v.	im Sinne von
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl.	Juristische Blätter
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristische Zeitung
KS	EGKS-Vertrag
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LG	Landgericht
lit.	litera
LMBG	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz
Mill.	Milliarden
Mio.	Millionen
NAFTA	North American Free Trade Association (Nordamerikanische Freihandelsassoziation)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Co-operation and Development)
OEEC	Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organization for European Economic Co-operation)

o.g.	oben genannt
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
ÖstVerfGH	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PatG	Patentgesetz
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitung
Rs.	Rechtssache (EuGH)
Rz.	Randziffer
S.	Satz
SE	Societas Europae
SEBG	Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gesellschaft
Slg.	Sammlung der Entscheidungen des EuGH
s.o.	siehe oben
sog.	so genannte
StoffR	Zeitschrift für Stoffrecht
str.	streitig
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
TRIPS	Abkommen über die handelsbezogenen Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights)
Tz.	Textziffer
UAbs.	Unterabsatz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
VerfO EuGH	Verfahrensordnung für den Europäischen Gerichtshof (EuGH)
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VR	Verwaltungsrundschau
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGH	Verwaltungsgerichtshof (Österreich)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WBI	Wirtschaftliche Blätter
WEU	Westeuropäische Union
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WM	Wertpapiermitteilungen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis

WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss
WTO	Welthandelsorganisation (World Trade Organization)
WuV	Wirtschaft und Verwaltung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZBJI	Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht
ZeUS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZfV	Zeitschrift für Verwaltung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZLR	Zeitschrift für Lebensmittelrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z.T.	zum Teil
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

Erster Teil

Einführung

A. Zielsetzung dieses Buches

Das Recht der Europäischen Union hat in den vergangenen Jahrzehnten eine Bedeutung auch in der täglichen Arbeit vieler Juristen erlangt, die es unabdingbar werden lässt, sich bereits während der Ausbildung mit dieser Rechtsmaterie auseinanderzusetzen. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil das Europarecht in vielen Bereichen die nationalen Rechtsordnungen – etwa das Verbraucherschutzrecht im Bürgerlichen Recht – nachhaltig umgestaltet hat und damit auch für die Lösung rein nationaler Sachverhalte zunehmend Bedeutung erlangt. 1

Der vorliegende Grundriss soll den als unabdingbar angesehenen Fundus europarechtlicher Kenntnisse vorstellen, der heute von einem Juristen, der sich der europäischen Konkurrenz stellen muss, im **Pflichtfach** „Grundzüge des Europarechts“ verlangt wird. Solange eine Stoffreduzierung im Jurastudium nicht erfolgt, bergen die umfangreichen europarechtlichen Lehrbücher für diesen Personenkreis die Gefahr der Stoffüberfrachtung und der Orientierungsunsicherheit; diese Bücher sind überwiegend für diejenigen konzipiert, die sich im **Schwerpunktfach** Europarecht intensiver mit der Materie beschäftigen wollen. 2

Dem vorliegenden Band geht es deshalb weniger um die detaillierte Kenntnis der Rechtsordnung der Europäischen Union insgesamt. Im Vordergrund stehen vielmehr die in der juristischen Prüfung und Praxis mittlerweile alltäglich gewordenen Fragen des Europarechts. Deshalb enthält das Buch zahlreiche praxisbezogene Beispielfälle, die zumeist Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union nachgebildet sind. Teilweise sind sie aus didaktischen Gründen verändert bzw. vereinfacht worden. Das Risiko, ständig auf der Grenzlinie zwischen der Beschränkung auf das Notwendigste und dem Vorwurf der Oberflächlichkeit balancieren zu müssen, wurde dabei bewusst in Kauf genommen. 3

Die Verfasser hoffen, das europarechtliche Grundwissen, ohne das die nationale Rechtsordnung vielfach nicht mehr verstanden werden kann, trotz der Beschränkung auf das Notwendigste den Kandidaten für die Erste juristische Staatsprüfung und jedem weiteren an der Materie Interessierten zugänglich zu machen. 4

B. Überblick über die Amtlichen Veröffentlichungen

Von der EU werden **Amtsblätter** (zitiert: ABl.) herausgegeben. Seit 1967 geschieht dies in zwei Teilen. In Teil **L** („Lois“) finden sich die veröffentlichungsbedürftigen Rechts-handlungen (z.B. Verordnungen), in Teil **C** („Communications“) die sonstigen Veröffentlichungen. Im Anhang zum Amtsblatt werden die Sitzungsberichte des Europäischen Parlaments abgedruckt. 5

- 6 Von großer Bedeutung ist ferner die amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs (zitiert: *EuGH*, Slg., ECLI oder EuGHE). Seit Einführung des Europäischen Gerichts erster Instanz (Gericht) im Jahre 1989 ist die amtliche Sammlung unterteilt in Entscheidungen des Gerichtshofs (Slg. I) und Entscheidungen des Gerichts (Slg. II). Seit dem Start des ECLI-Projekts in 2011 haben ferner alle Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union sog. ECLI-Nummern („European Case Law Identifier“, zu Deutsch: „Europäischer Rechtsprechungs-Identifikator“) erhalten, die seitdem als übliche Zitierweise verwendet werden.
- 7 Die abgedruckten Entscheidungen sind sehr umfangreich. Dabei ist jedoch zu bemerken, dass ein Großteil dieses Umfangs durch die Darstellung des Sachverhalts, des bisherigen Verfahrens und des Parteivorbringens eingenommen wird; die eigentlichen Entscheidungsgründe sind dagegen sehr kurz gefasst. Ebenfalls veröffentlicht sind hier die Schlussanträge des Generalanwalts, der als unabhängiger Verfahrensbeteiligter ein ausführliches Votum zu dem jeweiligen Fall aus seiner Sicht abgibt. Sie sind oftmals ausführlicher als die Entscheidungsgründe und bieten deshalb wertvolle Zusatzinformationen über die rechtlichen Hintergründe des Falles.
- 8 Informationen über die aktuellen Tätigkeiten der EU können dem monatlich von der Kommission herausgegebenen Bulletin (zitiert Bull.-EU) entnommen werden. Die Kommission gibt außerdem selbstständige Dokumente (zitiert: KOM [Jahreszahl], Nr.) heraus; sie enthalten z.B. Mitteilungen der Kommission an den Rat oder das Europäische Parlament.

C. Literatur

Die folgende Auflistung enthält einen Überblick über die gängige Literatur zum Europarecht.

I. Lehrbücher

- 9 *Dittert, Daniel*, Europarecht – Examenskurs für Rechtsreferendare, 5. Auflage, München 2017
Borchardt, Klaus-Dieter, Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union, 6. Auflage, Wien 2015
Ehlers, Dirk, Europäische Grundrechte und Grundfreiheiten, 4. Auflage, Berlin 2014
Eichholz, Christiane, Europarecht, 4. Auflage, Heidelberg u.a. 2018
Fastenrath, Ulrich/Groh, Thomas, Europarecht, 4. Auflage, Stuttgart 2016
Hakenberg, Waltraud, Europarecht, 8. Auflage, München 2018
Haratsch, Andreas/Koenig, Christian/Pechstein, Matthias, Europarecht, 11. Auflage, Tübingen 2018
Herdegen, Matthias, Europarecht, 20. Auflage, München 2018
Herrmann, Christoph, Examens-Repetitorium Europarecht – Staatsrecht III, 6. Auflage, Heidelberg 2017
Hobe, Stefan, Europarecht, 9. Auflage, München 2017
Kilian, Wolfgang/Wendt, Domenik Henning, Europäisches Wirtschaftsrecht, 6. Auflage, München 2017
Lecheler, Helmut/Gundel, Jörg/Germelmann, Claas Friedrich, Europarecht, 3. Auflage, München 2019
Oppermann, Thomas/Classen, Dieter/Nettesheim, Martin, Europarecht, . Auflage, München 2018

- Pechstein, Matthias, Entscheidungen des EuGH, 10. Auflage, Tübingen 2018*
Schroeder, Werner, Grundkurs Europarecht, 5. Auflage, München 2017
Streinz, Rudolf, Europarecht, 10. Auflage, Heidelberg 2016
Streinz, Rudolf/Ohler, Christoph/Herrmann, Christoph, Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU, 3. Auflage, München 2010

II. Kommentare/Handbücher

- Calliess, Christian/Ruffert, Matthias, EUV/AEUV, 5. Auflage, München 2016* **10**
Dauses, Manfred/Ludwigs, Markus (Hrsg.), Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts, München (Loseblatt, Stand 2019)
Ehlermann, Claus-Dieter/Bieber, Roland/Haag, Marcel, Handbuch des Europäischen Rechts, Baden-Baden (Loseblatt, Stand 2019)
Geiger, Rudolf/Khan, Daniel-Erasmus/Kotzur, Markus, EUV/AEUV, Kommentar zum Vertrag über die Europäische Union und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, 6. Auflage, München 2016
Grabitz, Eberhard/Hilf, Meinhard/Nettesheim, Martin, Das Recht der Europäischen Union, München (Loseblatt, Stand 2019)
Lenz, Carl Otto/Borchardt, Klaus Dieter (Hrsg.), EU-Verträge Kommentar, 6. Auflage, Köln 2012
Schulze, Reiner/Zuleeg, Manfred/Kadelbach, Stefan, Europarecht, Handbuch für die deutsche Rechtspraxis, 3. Auflage, Baden-Baden 2015
Schwarze, Jürgen, EU-Kommentar, 4. Auflage, Baden-Baden 2019
Streinz, Rudolf, EUV/AEUV, Vertrag über die Europäische Union und über die Arbeitsweise der Europäischen Union, 3. Auflage, München 2018

III. Text- und Fallsammlungen

- Fischer, Kristian/Fetzer Thomas, Fälle zum Europarecht, 9. Auflage, Heidelberg 2019* **11**
Bieber, Roland, Das Recht der Europäischen Union, Baden-Baden (Loseblatt, Stand 2018)
Winkel, Klaus, Europäisches Wirtschaftsrecht. Sammlung von Rechtsvorschriften der Europäischen Union, München (Loseblatt, Stand 2019)
Hummer, Waldemar/Vedder, Christoph/Lorenzmeier, Stefan, Europarecht in Fällen, 7. Auflage, Baden-Baden 2019
Lecheler, Helmut/Gundel, Jörg, Übungen im Europarecht, 2. Auflage, Berlin, in Vorbereitung für 2020
Schwartzmann, Rolf (Hrsg.), Völker- und Europarecht. Mit WTO-Recht und Zusatztexten im Internet, 11. Auflage, Heidelberg 2018
Schwartzmann, Rolf (Hrsg.), Der Vertrag von Lissabon. EU-Vertrag, Vertrag über die Arbeitsweise der EU – Konsolidierte Fassungen –, 5. Auflage, Heidelberg 2018

IV. Zeitschriften

- Europäische Grundrechte-Zeitschrift (EuGRZ) **12**
- Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW)
- Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (EWS)
- Europarecht (EuR)

V. Datenbanken der Union

- Das Portal der Europäischen Union: **13**
http://europa.eu/index_de.htm
 Homepage des Europäischen Parlaments:
<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Homepage der Europäischen Kommission:
http://ec.europa.eu/index_de.htm

Startseite des Rats der Europäischen Union:
<https://www.consilium.europa.eu/de/>

Zugang zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union über *EURLEX*:
<http://eur-lex.europa.eu/de/index.htm>

Homepage des Europäischen Gerichtshofs:
http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/

Vertiefend hierzu empfiehlt sich folgender Beitrag: *Hofer*, Europarecht suchen und finden – die Datenbanken CELEX, EurLEX und PreLEX, Jura 2005, 803 ff.

Zweiter Teil

Geschichte und Perspektiven der Europäischen Union

A. Erste Formen einer Zusammenarbeit in Europa

Die Idee eines vereinten Europas geht zwar bis in das Mittelalter zurück, konkrete Formen nahm sie jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg an: Der österreichische Graf Richard Coudenhove-Kalergi gründete 1923 die **Paneuropa-Union**; der französische Außenminister und Friedensnobelpreisträger Aristide Briand entwarf 1930 einen Plan für eine **Europäische Föderation**. Der Faschismus in Italien und der Nationalsozialismus in Deutschland sowie der Zweite Weltkrieg ließen allerdings alle Pläne eines vereinten Europas scheitern. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schließlich nahm die europäische Integration auf den Gebieten **Wirtschaft**, **Politik** und **Verteidigung** Gestalt an. 14

Den **wirtschaftlichen** Wiederaufbau in den europäischen Staaten fördern sollte die **OEEC (Organization for European Economic Co-operation)**. Sie wurde 1948 in Paris von 16 europäischen Staaten gegründet. Aus der OEEC ging 1961 die **OECD (Organization for Economic Co-operation and Development)** hervor, an der auch außereuropäische Staaten beteiligt wurden (u.a. USA, Kanada und Japan). Der OECD gehören die bedeutendsten Industriestaaten an; sie soll vor allem die Wirtschaftspolitik unter den Mitgliedsländern koordinieren sowie den Handel mit den Entwicklungsländern fördern. Dass die OECD nie zu einer der EU vergleichbaren Integration geführt hat, ist darauf zurückzuführen, dass ihre Organe über wenige Kompetenzen verfügen. 15

Politisch bedeutsam war die Gründung des **Europarates** 1949. Zunächst beteiligten sich 10 europäische Staaten. Mittlerweile ist der Europarat auf 47 Mitglieder angewachsen; die Bundesrepublik Deutschland trat 1950/51 bei. Ziel des Europarates ist es, einen politischen Konsens über Fragen der Grundfreiheiten und Menschenrechte der Bürger zu finden, gemeinsame Grundsätze und Ideale zu fördern und damit eine engere Verbindung zwischen den Mitgliedstaaten herzustellen. 16

Besondere Bedeutung kommt dabei der Gründung der **Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)** von 1950 zu. Durch diese Konvention, der mittlerweile alle Mitgliedstaaten des Europarates beigetreten sind, werden die Vertragsstaaten zur Einhaltung bestimmter Grundwerte verpflichtet. Diese Grundwerte sind in dem Menschenrechtskatalog der EMRK zusammengefasst. Um einen effektiven Schutz zu gewährleisten, können Verstöße gegen die EMRK vor der Menschenrechtskommission und dem **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte** in Straßburg geltend gemacht werden. 17

Einen anderen – und zwar übereuropäischen – Verlauf nahm die Entwicklung auf dem Sektor der **Verteidigung**. 1949 schlossen sich die USA und Kanada mit dem Großteil der westeuropäischen Staaten zur **NATO (North Atlantic Treaty Organization)** zusammen. Ein rein europäisches Verteidigungsprojekt – geplant war die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) – scheiterte 1954 am Widerstand 18